

Wer ist der 'Steuerzahler'?

(Der 'Einkommensbezieher' ist es nicht!)

Abgaben (Sammelbegriff für Steuern, Gebühren, Beiträge) an den Staat bezahlt nicht der Einkommensbezieher, sondern der Verbraucher aus seinem verfügbaren Einkommen, über die Preise. Die Preise machen den Umsatz, und der Umsatz den Lohn. Im Lohn sind die abzuführenden Abgaben enthalten. - Einen Steuerzahler gibt es nicht.

Die höchste Abgabenquote hat ein Verbraucher mit einer 100%-Konsumquote. Bei Menschen mit sehr hohem Einkommen und kleiner Konsumquote tendiert die Abgabenquote gegen Null. (Eine Konsumquote kann z.B. auch dann gering sein, wenn ein großer Teil der privaten Lebenshaltungskosten aus Betriebs- oder Behördenausgaben bestritten wird.) - Die Wahrheit ist exakt das Gegenteil dessen, was ständig behauptet wird, nämlich dass hohe Einkommen stärker belastet würden.

(Beispiel: liegt der Abgabenanteil in einem Preis bei 80% (ESt 42%, SV-Beiträge ca. 20%, USt 19%) dann wird der Verbraucher mit der 100%-Konsumquote zu 80% belastet, weil er sein gesamtes Einkommen konsumieren muss, der Verbraucher mit einer 50%-Konsumquote aber nur zu ca. 40%, weil er nur die Hälfte seines Einkommens konsumiert. Die andere Hälfte wird zur steuerfreien Sparquote.)

Die Berechnung wird noch etwas komplizierter, wenn man den SV-Arbeitgeberanteil berücksichtigt. Den zahlt auch der Verbraucher über den Preis, er ist jedoch in der Lohnabrechnung nicht sichtbar. Die vielen anderen betrieblichen Abgaben zahlt natürlich auch der Verbraucher, über den Preis.

Preise bestehen aus: Kosten + Gewinn + Umsatzsteuer.

- Kosten können die unterschiedlichsten Namen und Ursachen haben; hervorzuheben ist, dass auch alle Abgaben, die auf staatliche Intervention zurückzuführen sind, als Kosten ([Definition](#)) in die Kalkulation einfließen. Zu den Kosten gehören nicht nur die Löhne, incl. der darin enthaltenen Sozialversicherungsbeiträge und der von den Arbeitnehmern abzuführenden Lohnsteuer, sondern genauso die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung. (Die Lohnsteuer ist keine Steuerart, sondern eine Erhebungsform der Einkommensteuer an der Quelle 'Lohn').

- Der Gewinn enthält die vom Unternehmer abzuführende Einkommensteuer.

- Die Umsatzsteuer ist auf der Angebotsseite ein durchlaufender Posten. Sie belastet ausschliesslich den privaten Verbraucher.

Zusammengefasst: auf der Angebotsseite, zu der auch die Arbeitnehmer gehören, gibt es keinerlei Steuern und andere Abgaben, sondern nur Kosten, die in die Preise einfließen.

Aus der Pflicht, die Umsatzsteuer in Rechnungen gesondert auszuweisen, hat sich der Irrglaube entwickelt, sie sei der einzige Preisbestandteil, der dem Staat zufließt. (In Stromrechnungen werden auch andere Steuern gesondert ausgewiesen; ob das gesetzlich vorgeschrieben ist, oder die Stromlieferanten das nur tun, um sich reinzuwaschen, weiss ich nicht.) In Wirklichkeit liegt aber der in den Preisen enthaltene Staatsanteil weit über 50%. Dieser Anteil ist nicht bei allen Warengruppen gleich groß. Systematische Untersuchungen darüber scheint es nicht zu geben, man findet immer nur die Verlautbarungen der Energiefirmen über die Höhe der auf ihren Produkten liegenden Spezialsteuern. (Dass der Preis einer Tankfüllung oder einer Zigarette zu großen Teilen dem Staat zufließt, ist weitgehend bekannt, aber dass der Mehlanteil eines Brötchens [SPIEGEL 32/2010] nur 1 Cent betragen soll, ist doch überraschend.)

Der Staatsanteil besteht aber nicht nur aus den Spezialsteuern, hinzugerechnet werden müssen alle 'gewöhnlichen' Abgaben an den Staat, die bei jeder Güterproduktion anfallen. Die Volkswirte könnten sich ein Beispiel nehmen an der Architektin Margrit KENNEDY, die 1996 eine Untersuchung über den Zinsanteil in bestimmten Preisen vorgelegt hat, mit überraschenden Erkenntnissen. ([Download](#))

Den Staatsanteil aus einem Preis herauszurechnen ist leichter, als gedacht. Der Blick auf eine einfache Handwerkerrechnung, die nur Lohnkosten enthält, gibt Aufschluss: alle Kosten, incl. Steuern und Abgaben, sind deutlich zu erkennen. Zur ersten Orientierung: die Einkommensteuer beträgt 42%, die SV-Beiträge ca. 40%, und die Umsatzsteuer, je nachdem, 0, 7 oder 19%

In gewissen Abständen fühlt sich irgendein, meist kleinerer, Unternehmer bemüßigt, darauf hinzuweisen, dass seine Mitarbeiter 3 bis 4 Stunden arbeiten müssten, um sich eine Handwerkerstunde leisten zu können. Solche Vorstöße verlaufen stets im Sande; mir geht es dabei nur um die Größenordnung.

Wenn man das Prinzip einmal erkannt hat, kann man sich komplexeren Aufgaben zuwenden: z.B. dem Brotpreis. Der enthält Kosten + Gewinn des Getreidebauern, des Müllers, des Bäckers. - Zu den, bestimmt nicht unerheblichen, Energiekosten, die diese Produzenten in ihre Preise einrechnen, gehören natürlich auch die Spezialsteuern für die Energiewende.

Der Umsatzsteuersatz allein sagt über die Höhe des im Preis enthaltenen Staatsanteils relativ wenig aus. Güter mit ermäßigtem Umsatzsteuersatz können hohe Transport- und Lagerkosten, mit entsprechend hohem Steueranteil (Maut, Spritsteuer, Stromsteuer) enthalten.

Genau deshalb wäre die Analyse der einzelnen Warengruppen so aufschlussreich.

Denken Sie beim nächsten Einkauf im Supermarkt daran, und werden Sie nicht ungeduldig, denn auch der Lohn des Kassenpersonals ist in dem Preis, den Sie bezahlen, enthalten.

Beim Atomstrom hatte sich die Politik dazu entschieden, den Preis durch Subventionen aus dem Staatshaushalt zu verfälschen, der Akzeptanz wegen. Bei den erneuerbaren Energien macht sie jetzt eine Kehrtwende, und lässt die Stromverbraucher die Subventionen direkt bezahlen, mit hohen Preisen. Der Nichtakzeptanz wegen?

Wer bezahlt die Preise? - Der Verbraucher, das bestreitet niemand.
Wer ist der Verbraucher? - Der Verbraucher ist keine Person, sondern die Konsumquote eines 'verfügbaren Einkommens'. ([Definition](#))

Ein aktuelles populärphilosophisches Werk trägt den Titel: 'Wer bin ich, und wenn ja, wie viele?'. Dieser Titel ist wie für den vorliegenden Sachverhalt geschaffen: die meisten Bürger sind sowohl Einkommensbezieher, als auch Verbraucher zugleich. Als Einkommensbezieher halten sie sich fälschlich für Steuerzahler, weil die abzuführenden Steuern ja so schön aus dem Lohnzettel abzulesen sind. Sie verschwenden aber keinen Gedanken daran, dass sie als Verbraucher mit ihrem Vormonats-Nettolohn ihre lfd. Einkünfte, und damit auch die davon abzuführenden Steuern, bereits über die Preise bezahlt haben.

Statistiken über die Herkunft abgeführter Steuern sind so überflüssig, wie nutzlos. Sie dienen vorwiegend der Verschleierung der Tatsache, dass alle Steuern, über die Preise, vom Verbraucher gezahlt werden.

Solche Statistiken lassen sich aber leicht missbrauchen. Mit ihrer Hilfe konnte ein dubioser Lobbyverein seine betuchten Mitglieder jahrelang in Talkshows aller Art behaupten lassen, die obersten 10% der Einkommensbezieher würden mehr als '50% aller Steuern bezahlen', exakt 52,5%.- Dass nicht diese Leute die Steuern, die sie abführen, bezahlen, sondern der Verbraucher, dürfte nach der Lektüre dieses Textes jedem klar sein.

Diese 'Milchmädchenrechnung' bezog sich übrigens in Wahrheit nicht auf 'alle Steuern', sondern auf einen Teil des Einkommensteueraufkommens: die 'festgesetzte Einkommensteuer'. Die lag nach dieser Statistik im Jahr 2009 bei 187,7 Mrd. Euro; der Anteil der 'oberen Zehntausend' demnach bei 98,5 Mrd. Euro. - Das BMF beziffert die Gesamtsteuereinnahmen 2009 ('alle Steuern') auf 524 Mrd. Euro. (destatis hat die Einkommensteuerbescheide 2009 ausgewertet; wer nicht veranlagt wurde, erscheint auch nicht in der destatis-Auswertung. Das BMF hingegen zählt das Geld 'wie es im Kasten klingt'.)

Wer solche Milchmädchenrechnungen in die Welt setzt, müsste eigentlich auch seine Berechnungsgrundlagen nennen können: dann wäre der laxer Umgang mit der Wahrheit sofort offenbar geworden. Aber kein TV-Moderator hat je danach gefragt.

Ein paar Jahre war Ruhe. Neuerdings taucht das 10/50-Märchen verstärkt wieder auf, in neuem Gewande, diesmal vorwiegend von ahnungslosen Journalisten verbreitet (ohne Entgelt?), seltener von Talkshow-Greisen. Diese Journalisten sollten aber darauf gefasst sein, künftig mit einem fröhlichen 'si tacuisses' begrüßt zu werden. Jetzt weiss jeder, wie es um ihre Steuerkenntnisse bestellt ist: nicht gut. - Die neue Version lautet: 'Die 10 Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen zahlen fast die Hälfte des gesamten Aufkommens der Einkommensteuer.'

Was will uns der Dichter damit sagen? Unter den Spitzenverdienern gibt es auch einige Top-Spitzenverdiener. Diese 'Freunde der italienischen Oper' (Ach nein, das war ja ein anderer Film) sitzen dann sonntagmorgens gemeinsam in Hannover beim Frühschoppen, und zeigen ihrem Anführer, wer den größten

hat? (Den größten Geldhaufen, natürlich.) Für ein Gerücht allerdings halte ich es, dass der Anführer dabei seinen Hut mit der offenen Seite nach oben auf der Anrichte liegen lässt. - Kein Gerücht ist es, dass für jeden Einzelnen bei einem zVE von 265.327 € die oberste Stufe der ESt-Berechnung mit 45% beginnt. Mehr geht nicht, daran ändert auch die statistische Gruppenbildung nichts. Und dass z.B. ein 1-Mann-Taxiunternehmer, der zur gleichen Veranlagungskategorie gehört, bei dieser Gliederung eher auf einem hinteren Rang landen wird, wird auch niemanden wundern. - Was ist normaler, als dass Hochverdiener Steuern abführen, die zu ihrem Einkommen passen? (Und die, wohlgemerkt, der Verbraucher über die Preise bereits bezahlt hat. Da wäre die Nichtabführung gewiss keine einfache Steuerhinterziehung.) Die Einkommenssumme dieser 10%, die das einzig interessante an diesem Vorgang wäre, wird allerdings dezent verschwiegen. Die neue IW-Broschüre stammt aus 2017; von wann die Daten sind, erfährt man nicht. Lt. BMF betrug 2015 die 'veranlagte Einkommensteuer' = 48,5 Mrd./€, und die Lohnsteuer = 178,9 Mrd./€. Die 10% Spitzenverdiener führten demnach 24,25 Mrd./€ ab. Was soll daran so weltbewegend sein, solange man nicht weiss, auf welches Einkommen sich diese 24,25 Mrd./€ beziehen? [BMF-Steuereinnahmen](#)

Myriaden von Journalisten haben sich schon damit abgemüht, eine 'durchschnittliche' Belastung verschiedener Einkommensgruppen durch Abgaben an den Staat berechnen zu wollen. Begonnen wird immer mit dem Lohnzettel, auf dem man wunderschön Bruttolohn und Nettolohn vergleichen kann. Die ersten Schwierigkeiten tauchen dann beim AG-Anteil zur Sozialversicherung auf. Der ist, aus rechtlicher Sicht, steuerfreier Arbeitslohn (§ 3 Nr. 62 EStG), erscheint aber auf keinem Lohnzettel. Sodann wird bemerkt, dass bei der Konsumierung des Nettolohns ja auch noch Umsatzsteuer anfällt. Und dann auch noch die Stromsteuern. - Wie soll man das nun alles in einen Prozentsatz quetschen? Das geht nur mit Hilfe der Phantasie, weil man dabei Äpfel mit Birnen vermischt. - Wenn man aber die Abführung von der Zahlung unterscheidet, dann weiss man zumindest, worauf man achten muss: auf die Konsumquote.

Die Konsumquote ist die Quelle aller Staatseinnahmen: der Verbraucher, nicht der Einkommensbezieher, ist der 'Steuerzahler'. Der Einkommensbezieher führt lediglich das ab, was ihm der Verbraucher gegeben hat. - Insbesondere TV-Journalisten sollte es unmittelbar einleuchten, woher ihr Lohn stammt: vom Gebührenzahler (=Verbraucher) Wieviele Gebührenzahler braucht es, um ein ZDF-oder ARD-Durchschnittsgehalt, incl. Lohnsteuer und Sozialversicherung, zu bezahlen? Und wieviele der Gebührenzahler haben eine kleinere Konsumquote, als der quasi-beamtete Journalist?

Wieso diese 'Haarspalterei'? Nun, es fehlt noch ein Teil: die Sparquote. Die Sparquote ist der Teil des 'verfügbaren Einkommens', der nicht konsumiert wird. Aus der Sparquote entsteht das Vermögen. Beide beteiligen sich an der Finanzierung des Staates nicht. - Was macht aber die Sparquote? Sie arbeitet

keinesfalls im Keller einer Bank, wie eine idiotische Werbung dem staunenden Publikum mal suggerieren wollte. Sie sucht nach Anlagemöglichkeiten, gerne auch in sicheren Staatsanleihen, und genau hier beginnt das Monopoly-Spiel: der Staat holt sich das fehlende Geld durch Kreditaufnahme bei denen, denen er es vorher, durch Nichtbesteuerung, geschenkt hat. Zurückzahlen müssen die Nichtvermögenden, incl. Zinsen.

Jeden Tag wird dem Volk von Politik und Presse eingebläut, künftige Generationen müssten diese Staatsschulden zurückzahlen. An wen, sagt aber niemand. Oder gibt es auch Schulden ohne Gläubiger? - Die Sparquote ist einer der Orte, an dem die Umverteilung stattfindet. Von einem konsumierten Euro fließen ca. 70 Cent an den Staat, ein nicht konsumierter Euro erhöht das Vermögen um 100 Cent. - Durch Umverteilung vom Verbraucher zum Sparer ist das Kapital entstanden, sie kennt nur eine Richtung: nach oben. Von einer 'Umverteilung von oben nach unten' zu sprechen, ist unsinnig.

Im Kapitalismus geht es nie um alt gegen jung, sondern stets um reich gegen arm. Damit das so bleibt, gibt es die EU, die, unter Umgehung der nationalen Verfassungen, den Kapitalismus zur europäischen Staatsreligion gemacht hat. Artikel 1,1 des Grundgesetzes lautet inzwischen faktisch: '(1) Der Kapitalismus ist unantastbar. Ihn zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.' Und das nicht erst seit 2008. (Seitdem die 'Roten Roben' die Menschenwürde dem Mammon zum Fraß vorgeworfen haben, kennen auch die anderen Gerichte keine Zurückhaltung mehr bei der Rechtsbeugung [I ZR 158/11]).

Der Staatsanteil, also die relative Höhe der staatlichen Belastung eines verfügbaren Einkommens, ist von der Konsumquote abhängig, mit der Folge: niedrige Einkommen mit hoher Konsumquote werden sehr stark durch den Staat belastet, hohe Einkommen mit niedriger Konsumquote werden vom Staat kaum belastet.

(Geringverdiener, die aufgrund ihres kleinen Einkommens keine Lohnsteuer abführen müssen, zahlen bei der Konsumierung ihres verfügbaren Einkommens natürlich auch massenhaft Steuern; im Zweifel die, die später von den 'upper ten' abgeführt werden. - Zu dieser Gruppe gehören auch viele Rentner. Ja, selbst Beamte zahlen für die Sozialversicherung mit, denn die steckt auch in den Preisen drin. - Eine immer wieder zu hörende Steuerlüge besagt, Eltern würden durch die Ausgaben für ihre Kinder nur mit der dadurch anfallenden höheren Umsatzsteuer vom Staat belastet. Das stimmt nicht: die Ausgaben für Kinder belasten die Eltern mit genau dem gleichen Staatsanteil von ca. 70% des Preises, wie die übrige Konsumquote auch. Das Kindergeld wird als zusätzliches verfügbares Einkommen angesehen, und ca. 70% davon fließen über die Preise an den Staat zurück.)

Am 16.04.14 weist das BMF den Vorwurf, der Staat generiere aus der USt für die erhöhte EEG-Umlage zusätzliche Einnahmen, mit der Begründung zurück (sinngemäß): 'Wer schon eine 100%-Konsumquote hat, wird dadurch nicht zusätzlich belastet, denn es findet nur eine Verlagerung von anderen Konsumgütern auf den Strom statt. Wer durch die Strompreiserhöhung weniger Geld für Lebensmittel ausgeben kann, spart an dieser Stelle die USt, die er nun für die erhöhte Umlage zahlen muss.' Das ist nur halb richtig:

Lebensmittel unterliegen dem ermäßigten Steuersatz von 7%, der Strom dem normalen Steuersatz von 19%. - Der Grund, wieso ich diesen Zynismus hier zitiere: dem BMF ist natürlich bewusst, dass die Konsumquote die Quelle der Staatseinnahmen ist.

Wie konnte es dazu kommen, dass 'Steuerabführer' sich für 'Steuerzahler' halten? - Selektive Wahrnehmung: man sieht nur, was man sehen will. Oder doch 'Gehirnwäsche'?

Damit die Zusammenhänge 'evident' werden, muss man nur die zeitliche Komponente hinzufügen: jeder Arbeitnehmer weiss, dass er zuerst seine Arbeitsleistung erbringt, und am Monatsende dann den Lohn dafür erhält. Was er gerne verdrängt ist, dass sein Lohn nicht vom Himmel fällt, sondern aus dem Umsatz stammt, den sein Arbeitgeber eben in jenem Monat durch den Verkauf der produzierten Güter erzielt hat. Die Lohnsteuer, die von seinem Bruttolohn abgezogen werden wird, haben die Käufer jener Güter bereits bezahlt. Er selbst war natürlich in diesem Monat auch Verbraucher (mit der Konsumquote seines Vormonats-Nettolohns), und wenn er Produkte seines Arbeitgebers gekauft hat, hat er damit Teile seines eigenen, neuen Lohns bezahlt.

Diesen Ablauf kann man sich am leichtesten verständlich machen, indem man sich einen Arbeitnehmer vorstellt, der erstmals eine Stelle antritt, und der nicht auf ein Guthaben zurückgreifen kann: der bestreitet seinen Lebensunterhalt während des ersten Monats seines Arbeitnehmerdaseins über Kredit, in der Regel durch einen rückzahlbaren Vorschuss von seinem Arbeitgeber, also einen Teil seines künftig anfallenden Nettolohns. Während er diesen Vorschuss verbraucht, zahlt er mit den Preisen alle Steuern und Abgaben, die bei der Produktion dieser Güter angefallen sind. U.a. auch seinen eigenen Bruttolohn, den er erst, nach Abzug der gesetzlichen Abzüge, als Nettolohn, von dem ihm der Vorschuss wieder abgezogen wird, am Monatsende erhalten wird. Vorschüsse des Arbeitgebers sind aber inzwischen rechtlich so kompliziert, dass sich der Arbeitnehmer vielleicht eher dazu entschliessen wird, zur Überbrückung bei seiner Bank einen Kredit aufzunehmen. Dann bezahlt er mit dem Kredit nicht nur den in den Preisen enthaltenen Staatsanteil von ca. 70%, sondern auch noch Zinsen an die Bank.

Zuerst werden die Steuern über die Preise bezahlt, und danach werden sie an das Finanzamt abgeführt, entweder direkt vom Unternehmen, oder über die Einkommen. (Das betrifft nicht nur die Lohnsteuer und die SV-Beiträge, sondern alle Abgaben, die bei der Produktion anfallen. Wenn ein Unternehmen bei Löhnen, oder bei anderen Kosten, in Vorleistung trat, dann sind die dafür aufgewendeten Zinsen selbstverständlich auch Bestandteil der Preise. Daraus leitet sich die 'systemische' Bedeutung der Banken ab.)

Genau so, wie ein Unternehmen die Umsatzsteuer, die es vom Verbraucher erhalten hat, an das Finanzamt abführt, führt auch ein Einkommensbezieher die Einkommensteuer, die er vom Verbraucher erhalten hat, an das Finanzamt

ab (wenn er es tut.)

Die Abführung von eingenommenen Steuern stellt keine Steuerzahlung dar; die Steuerzahlung erfolgt durch die Bezahlung der Preise, in denen die Steuern enthalten sind.

Wäre die Abführung der Einkommensteuer auch eine Zahlung, dann würde sie doppelt bezahlt: einmal als Bestandteil der Preise, und einmal als Abzug vom Lohn. Ein Einkommensbezieher erlangt niemals das Eigentum an den eingenommenen Steuern. Sie gehören vom Zeitpunkt des Zuflusses an dem Staat. - Die Vorstellung, ein Einkommen würde als Eigentum aus blauem Himmel einfach so auf jemanden niederprasseln, ohne Bezug zum rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmen, ist abenteuerlich. Selbst einem ehemaligen Verfassungsrichter dürfte es kaum gelingen, seinen Professorenlohn vor dem Abzug der Lohnsteuer zu schützen, auch wenn er behauptet, sie wäre sein Eigentum.

(Was beim BVerfG offenbar keiner weiss: Steuern entstehen nicht aus dem Einkommen, sie sind bereits darin enthalten. War Hoeneß Eigentümer der hinterzogenen Steuern, oder nur deren unrechtmäßiger Besitzer? - Sonst hätte es niemals zu solch krassen Fehlurteilen wie mit dem Halbteilungsgrundsatz, oder der Gleichbewertung von Sach- und Geldvermögen kommen können, an denen wohl auch ein selbsternannter 'Steuerexperte' beteiligt war, der später Finanzminister werden wollte. Beim Erwerb von Sachvermögen sind Steuern geflossen, bei der Anhäufung von Geldvermögen nicht. Das wusste der frühere Gesetzgeber noch, die heutigen Richter wissen es nicht mehr. Der Preis einer Immobilie besteht genauso zu ca. 70% aus öffentlichen Abgaben, wie alle anderen Preise auch. - Aus dieser Sicht stellt eine selbstgenutzte Immobilie überhaupt kein Vermögen dar, sondern ein langlebiges Konsumgut; der Begriff 'privates Sachvermögen' wird generell fragwürdig, eine Illusion.)

Wer die Steuern abführt ist nicht der, der sie bezahlt.

Vom Verbraucher erhält jeder Einkommensbezieher seinen Bruttolohn, incl. Abgaben. Wieso ist die abzuführende Steuer dann unterschiedlich hoch?

Bei einem Monatslohn von 1.000 € sind 6,41 € als Lohnsteuer abzuführen, bei 6.000 € beträgt die Lohnsteuer 1.513 €. Das erscheint auf den ersten Blick ziemlich unverständlich, und ungerecht.

Für den Verbraucher spielt es keine Rolle, ob in den Preis $6 \cdot 1000$ € Lohn eingeflossen sind, oder $1 \cdot 6000$ €. Die Auswirkungen auf den Preis sind in beiden Fällen gleich. Aber nicht auf das Steueraufkommen: im einen Fall sind es 38,46 €, im anderen Fall 1.513 €. - Der niedrigste Steuersatz liegt bei 0%, der höchste bei 42%. Daraus folgt, dass der Lohn stets 42% für Steuern enthält. (Die restlichen 58% enthalten dann noch den SolZ, und die SV-Beiträge bis zur BBMG.) Für die unterschiedlich hohe Lohnsteuer sorgt der Steuertarif. Die Differenz zwischen eingenommener Steuer (42%) und abgeführter Steuer ist die Sozialkomponente des Steuertarifs. ($420 - 6,41 = 413,59$ und $2.520 - 1.513 = 1.007$). Wer 1.000 €/Monat verdient, erhält vom Staat 4.963,08 €/Jahr Sozialleistungen, wer 6.000 €/Monat verdient,

erhält vom Staat aber nur 12.084 €/Jahr Sozialleistungen. Also nicht das 6-fache, wie er vielleicht gerne hätte, sondern nur das 2,4-fache.

Eine aktuelle Tabelle zur Sozialkomponente

Spalte1 = Monatslohn, Spalte2= Lohnsteuer2019 Klasse 1 lt. BMF-Steuerrechner (<https://www.bmf-steuerrechner.de/>), Spalte3=Lohnsteuer ohne Sozialkomponente=42%, Spalte4=Sozialkomponente:Spalte 3 minus Spalte 2.

1	2	3	4
1.000 =	0,00	420,00	420,00
2.000 =	184,08	840,00	655,92
3.000 =	423,00	1.260,00	837,00
4.000 =	698,91	1.680,00	981,09
5.000 =	1.027,25	2.100,00	1.072,75
6.000 =	1.411,33	2.520,00	1.108,67
7.000 =	1.810,85	2.940,00	1.129,15
8.000 =	2.230,58	3.360,00	1.129,42
9.000 =	2.650,58	3.780,00	1.129,42
10000 =	3.070,58	4.200,00	1.129,42

Der Öffentlichkeit wird der Eindruck vermittelt, die Progression sei ein Strafinstrument, um höhere Einkommen stärker zur Kasse zu bitten. Bei näherer Betrachtung erkennt man: genau das Gegenteil ist der Fall. Der ESt-Tarif ist ein Belohnungssystem, dessen Sozialkomponente nur langsam durch die Progression abgebaut wird, bis der gesetzliche Steuersatz von 42% schliesslich erreicht ist. Erst von diesem Moment an muss der Einkommensbezieher alles, was er vom Verbraucher erhalten hat, an das FA abliefern. (Alles, bis auf die bis dahin 'erwirtschaftete' Sozialkomponente.)

Der Staat wickelt seine sozialen Verpflichtungen vorwiegend über das Einkommensteuersystem ab. Grundfreibetrag, Kindergeld/Kinderfreibetrag, niedriger Eingangssteuersatz, Splittingtarif sind hier die Stichworte, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen runden das Bild ab. (Nicht zu vergessen die 70 bunt zusammengewürfelten Steuerbefreiungen des § 3 EStG.) Der Grundfreibetrag stellt das Existenzminimum steuerfrei, der daran anschliessende Tarifverlauf mit den langsam ansteigenden Progressionszonen verhindert, aus sozialen Gründen, dass das Einkommen sofort mit dem vollen Steuersatz von 42% besteuert wird.

Die Einkommensteuerveranlagung dient in erster Linie dazu, festzusetzen, welcher Teil der eingenommenen Steuern (42%) an das FA abzuführen ist, und welchen Teil der Einkommensbezieher als Sozialleistung behalten darf. Die qua Steuersystem wirksam werdenden Sozialleistungen streifen nicht einmal die Kasse des Finanzministers; sie fließen direkt vom Verbraucher zum Einkommensbezieher. Deshalb gibt es darüber auch keine verlässliche Statistik, und mit den paar Krümeln, die die Sozial- und H4-Ämter verteilen, aber

akribisch dokumentieren, lässt sich dann trefflich Demagogen-Politik machen.

Ein quasi-bedingungsloses Grundeinkommen (BGE), abhängig von der Einkommenshöhe, gibt es also schon, für Einkommensbezieher. Dieses Grundeinkommen zu vereinheitlichen, unter Wegfall der Steuerprivilegien, ist das Ziel der Befürworter dieser Idee. (Einen Versuch in diese Richtung gab es schon einmal, mit der Umwandlung der ungerechten Kinderfreibeträge in ein einheitliches Kindergeld, unabhängig von der Höhe des Einkommens der Eltern. Dieser Versuch ist nur zum Teil geglückt, denn Karlsruhe hat damals verfügt, dass für Eltern mit hohem Einkommen weiterhin die für sie günstigeren Freibeträge gelten sollen. Auch dahinter steckte vermutlich der spätere 'Professor aus Heidelberg', der mit seinen neoliberalen Wahnvorstellungen damals offenbar das gesamte Gericht infiziert hat.) Und, man ahnt auch schon, wer ein 'bedingungsloses Grundeinkommen' ablehnt. - Natürlich der, der seine Privilegien schützen will. - Aus meiner Sicht ist das BGE eine Gerechtigkeitsfrage, und kein Mittel, das Steueraufkommen wesentlich zu erhöhen. Volkswirte, die von einer 'Maschinensteuer' träumen, sollten bedenken, dass heute schon der Ausfall an Lohnsteuer durch höheren Gewinn kompensiert wird. - An einer massiven Vermögensteuer führt kein Weg vorbei.

Menschen mit Einkommen erhalten ihre Sozialleistungen über das Steuerrecht aufgezwungen, Menschen ohne Einkommen erhalten ihre Sozialleistungen als Bargeld, nach 'inquisitorischer' Befragung.

Bisher stand ich dem BGE eher ambivalent gegenüber. Seitdem ich in einer Broschüre einer bekannten Kölner Fakenews-Fabrik gelesen habe, dass '2,7 Millionen Erwerbstätige keine Einkommensteuer (zahlen), da ihr Arbeitsverdienst zu gering ist', hat sich meine Einstellung zum BGE geändert. Inzwischen bin ich der Ansicht, dass der jetzige Zustand verfassungswidrig ist, weil er massiv gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstößt.

Was der Lobbyverein als steuerliche Wohltat preist, ist in Wirklichkeit die Enteignung von Steuervergünstigungen, die mangels Masse verfallen. Dabei handelt es sich nicht nur um Teile des Grundfreibetrags, sondern auch um konkrete Ausgaben, die bei der Steuerberechnung unberücksichtigt blieben, weil sie keine Auswirkungen gehabt hätten, wie z.B. die Steuervergünstigung haushaltsnaher Dienstleistungen. - Und im nächsten Satz wird dann die abgeführte ESt des Vormonats mit der USt-Zahlung des lfd. Monats gleichgesetzt. Als sei jemals jemand in einen Laden gegangen, um 'für 50 € Umsatzsteuer' zu kaufen? Die Umsatzsteuer ist Teil der in den Preisen enthaltenen Abgabenquote von bis zu 80%, die alle Verbraucher täglich bei ihren Einkäufen bezahlen. Was sie unterscheidet ist die Konsumquote, die zur Berechnung der individuellen Abgabenquote dient.

Die Sozialleistungen, die über das Steuerrecht, durch den Verzicht auf Einnahmen, wirksam werden, betragen ein Vielfaches der Sozialleistungen, die in bar ausgeschüttet werden.

Da fragt man sich natürlich, wieso ein Sozialsystem, das eigentlich nur das

grundgesetzlich garantierte Existenzminimum auszahlen soll, als faschistisches Terror- und Überwachungssystem angelegt wurde. - Wenn Schröder, den Maschsee täglich vor Augen, 10 Jahre nach der Hartz4-Idee, vor der SPD-Bundestagsfraktion eine 'Agenda 2020' vorschlägt, dann kann er damit eigentlich nur die Nachholung der Einrichtung von Lagern meinen: eines der Elemente, die die Agenda 2010 (noch) nicht von den Nazis übernommen hatte. Dafür war damals wohl die Zeit noch nicht reif. Zuerst musste die SPD von den letzten verbliebenen Sozialdemokraten gesäubert werden, so dass sie nur noch aus grauen Kanalarbeitern besteht. - Nur lernresistente Journalisten halten die SPD noch für eine linke Partei. Richtigerweise sollte man sie 'SS-SPD' [Schröders-Schrumpf-SPD] nennen, oder gleich 'KPD' [Kanalarbeiter-Partei-Deutschlands]. Sie wird nur noch gebraucht als FDP-Ersatz für die Union, und als Pfründenquelle für ihre Kanalarbeiter-Honoratioren. Aber nur so lange, bis die AfD stark genug ist. - Bis Kohl war der Art. 20,1 GG nur mit dem Rutenbündel (fasces) verknüpft, seit Schröder enthält das Rutenbündel auch das Beil.

Die Säuberung scheint zu Schröders Zufriedenheit abgeschlossen: nach seiner Agenda2020-Rede, bei der er sich offensichtlich in der gleichen körperlichen Verfassung befand, wie am Abend der Wahl 2005 in der Elefantenrunde, war kein Widerspruch zu vernehmen. War vielleicht das ganze Agenda-Projekt nur eine Schnapsidee, gesponsert aus der KdF-Stadt Wolfsburg? Mit dem Segen eines weiteren Österreichers? Wurde Hartz4 etwa in Bad Harzburg ersonnen? Vielleicht sogar schon vor 1998? Meine Vermutung, dass die gesäuberte SPD der Wiedereinführung von KZs, unter welchem euphemistischen Phantasienamen auch immer, zustimmen würde, ist gut begründet: hatte doch schon die ungesäuberte SPD der Wiedereinführung der Zwangsarbeit unter dem Namen '1-Euro-Jobs' zugestimmt. - Die Kanalarbeiter haben sich ja nun einen neuen Ober-Kanalarbeiter ausgeguckt, Schröder2 sozusagen, der einen verblüffenden, demoskopischen Höhenflug hingelegt hat, den ich für wenig glaubhaft halte. Wer sich an Schröder1 erinnern kann, wird ja wohl nicht so blöde sein, jetzt auch noch auf Schröder2 hereinzufallen. (Mich erinnern beide 'Schröders' an ein Lied von Franz Josef Degenhardt aus dem Jahr 1965. - Wenn Schulz Schröder2 ist, wer war denn dann 'die graue Null' Steinmeier? - Eichmann2? Ein 'banaler' Schreibtischtäter, oder ein vorsätzlicher Massenmörder?)

Er tanzte nur einen Sommer. Man darf gespannt sein, wie lange sich die Bättschi-Frau halten wird.

Über die CDU muss ich hier nicht sprechen, da genügt ein, der Deutlichkeit wegen, etwas abgewandeltes Zitat:

'Seit 5 Uhr 45 wird jetzt in Europa wieder deutsch gesprochen.'

Frau Merkel erklärt die Progression: [play](#)

- *"Woran erkennt man einen faschistischen Deutschen?" - "Wenn er Hartz4 befürwortet!"*

Die SPD bastelt gerade an Hartz5, und nennt es, mit einer dreisten

Begrifferschleichung, 'solidarisches Grundeinkommen': noch faschistischer, noch ungerechter. Bisher konnte sich die Union als quasi unbeteiligt von allen Hartz-Schweinereien fernhalten; jetzt muss sie Farbe bekennen, und aufpassen, dass sie nicht auch vom H4-Verwesungsgestank erfasst wird, der der SPD bis zu ihrem Untergang anhaften wird.. - Die Grünen konnten sich davon nie wieder befreien, selbst unter Inkaufnahme des Vergilbens. Sie waren der Steigbügelhalter. Mitleid ist nicht angebracht, denn an ihren Händen klebt auch H4-Blut. (Vergilben=FDP-Werdung)

- Sozialleistungsbezieher ist jeder, ob Unternehmer, Verfassungsrichter, Regierungsmitglied, Abgeordneter oder Journalist. Dass Freibeträge und Tarifverlauf auch Sozialleistungen sind, wird gerne verschwiegen. - Schröders Faschisten-Agenda wurde bekanntlich begleitet von einer 3-stufigen Steuersenkungssorgie, die sogar einigen unter ihrer Profiteuren die Schamröte ins Gesicht trieb. (Zur Erinnerung: ein gutes Jahr nach Schröders Abgang erhöhte die SPD, gemeinsam mit der Union, den Umsatzsteuersatz um 18,75%, von 16% auf 19%. - Die Abgeltungssteuer stammt natürlich auch von der SPD. Wer diese Partei nochmal wählen will, braucht eine sehr gute Begründung, wenn er sich auch morgen noch im Spiegel anschauen können will.)

- Die Einkommensteuer besteuert nicht das Einkommen, sondern den Verbrauch. Über die Preise werden die Steuern bezahlt, über das Einkommen werden sie abgeführt. Eine der erfolgreichsten Steuerlügen ist die Erfindung des Satzes von der 'Besteuerung nach Leistungsfähigkeit', den unbedarfte Juristen immer noch glauben und nachplappern. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Steuern werden nicht aus dem Einkommen ans Finanzamt bezahlt, sondern Tag für Tag bei jedem Einkauf, vom Verbraucher, nach Maßgabe der Konsumquote. Auch die Einkommensteuer der späteren Steuerhinterzieher wird vom Verbraucher über die Preise bezahlt. Sonst gäbe es nichts zu hinterziehen.

- Steuerhinterzieher ist nicht, wer keine Steuern bezahlt, sondern wer eingenommene Steuern nicht an das Finanzamt abführt.

- Der Steuerzahlung über die Preise kann sich die Konsumquote schlechterdings nicht entziehen. Die Sparquote tut es. Aus der unbesteuerten Sparquote entsteht das Vermögen. Der Kampfbegriff 'Umverteilung' suggeriert, dass hier, nach der quasi unbedenklichen, kapitalistischen 'Verteilung' des BIP, nachträglich ein bedenklicher, unmoralischer Zugriff des Staates auf hohe Einkommen stattfände. Dabei wird unterstellt, dass die Einkommensverteilung gerecht sei. Wenn man weiss, dass Einkommen incl. Steuern aus der Konsumquote entstehen, darf man daran zweifeln.

Der Staat greift an zwei Stellen in die Umverteilung ein:

- aktiv durch die Steuerpolitik: dabei werden höhere Einkommen bevorzugt, durch Freibeträge und den Tarifverlauf. Wo diese nicht mehr greifen, wird die

Steuerpolitik durch die Sozialpolitik weitergeführt. Die Berücksichtigung des steuerlichen Grundfreibetrags (Existenzminimum) und der Progression z.B. haben ihren Ursprung ebenfalls im Sozialstaatsgebot, wie die Sozialleistungen selbst. Hat man jemals von einem Richter gehört, der einen Antragsteller unter Androhung von Kürzungen zum Nachweis bzw. zur Herbeiführung der Bedürftigkeit verpflichtet, dass er auf seine eigenen Steuerprivilegien verzichte, solange er nicht selbst bedürftig ist?) Zur Erinnerung: im Bruttolohn sind 42% für Steuern enthalten, die aus der Konsumquote stammen. - Diese aktive Umverteilung nach oben ist zwar auch ungerecht, aber begrenzt, weil die Steuerprivilegien irgendwann aufgebraucht sind.

- passiv durch Nichtbesteuerung der Sparquote:

an dieser Stelle wird das große Rad gedreht. Hier können die Politiker, die sich erstaunt darüber die Augen reiben, dass die Reichen immer reicher werden, zusehen, wie die Sparquote ungekürzt und ungebremst nach oben wandert. Wohlmeinende Menschen, die weiterhin eine Ausweitung der Umverteilung fordern, sollten einmal in sich gehen, und sich überlegen, wer an wen umverteilt? - Die bestehende ausbeuterische Umverteilung nach oben muss nicht ausgeweitet, sondern beendet werden.

Fazit: Steuerzahler gibt es nicht, weder im Singular, noch im Plural. Die Verwendung dieses falschen Begriffs deutet auf Unwissenheit, oder Vorsatz. (Ich kann mich an die Zeit erinnern, als der Staatshaushalt noch die 'öffentliche Hand' genannt wurde, und nicht 'Der Steuerzahler'.) Bei Politikern und Journalisten kann man Unwissenheit ausschliessen. Also Vorsatz. Bleibt die Frage: was bezwecken sie damit?

Antwort: Populismus übelster Art. Die angeblichen 'Steuerzahler' sollen sich gebauchpinselt fühlen, damit sie darüber die vergessen, die tatsächlich so gut wie keine Steuern zahlen, weil sie nur einen geringen Teil ihres Einkommens konsumieren. Das sind übrigens genau die, die den Staat ständig zum Sparen auffordern. Der Staat hortet aber das Geld nicht, das er einnimmt, sondern macht daraus neues Einkommen für die nächste Runde im Wirtschaftskreislauf. Entweder direkt, oder indirekt, über die Auftragsvergabe. Dann stehen diese Leute in der 1. Reihe, und heben die Hand. - Das Wort 'Steuerzahler' kommt weder in der Abgabenordnung, noch im Einkommensteuergesetz, vor. Es handelt sich um einen 'ideologischen Kampfbegriff', ebenso wie 'Soziale Marktwirtschaft'. Ehrliche Menschen sollten diese Wörter nicht verwenden.

§ 1 des Stabilitätsgesetzes vom 08.06.1967

'Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamt-wirtschaftlichen Gleichgewichts zu

beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.'

Der deutsche Handelsbilanzüberschuss beträgt ca. 150 Mrd. Euro/Jahr. In den Exportpreisen ist der durch den Staat verursachte Kostenanteil natürlich auch enthalten. Mit anderen Worten: mit den griechischen Schulden (und denen der anderen Importeure) wird der deutsche Staatshaushalt finanziert. Rechtswidrigerweise, weil von außenwirtschaftlichem Gleichgewicht natürlich keine Rede sein kann.

Wie die hohen Handelsbilanzüberschüsse erzielt werden, ist kein Geheimnis: Schleifung des Sozialstaats durch die sogenannte 'Agenda 2010' mit dem faschistischen Terrorsystem 'Hartz4', davon begünstigte massivste Lohnkürzungen, und bis dahin nicht für möglich gehaltene Steuersenkungsorgien. (Aus heutiger Sicht kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als hätten die damaligen Protagonisten von vornherein mehr ihr künftiges Wohl im Auge gehabt, als das des Staates.)

Nun, da die Importeure ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen können, zeigt sich, dass die von Schröder begonnene frühkapitalistische Ausbeutungspolitik auf Sand gebaut war, und jetzt sogar die gesamte Weltwirtschaft in den Abgrund zu reissen droht.

[Was ist die kalte Progression?](#)

Werner JOPPKE
www.wejo.de

Am 08.03.17 saß eine gewisse Frau K. aus D. in der ARD-Sendung 'Maischberger'. Sie prahlte mehrfach damit, dass sie nicht nur Ministerpräsidentin sei, sondern auch Landtagsabgeordnete, Exekutive und Legislative in einer Person. - Gewaltenteilung, sowas brauchen wir hier nicht; es genügt, wenn wir die Einhaltung solch demokratischer Prinzipien von der Türkei fordern. Nazis hat es in Deutschland nie gegeben. Wir haben die weissesten Westen der Welt, und die SPD ist keine faschistische Partei, sie beschliesst nur faschistische Gesetze.

In der gleichen Sendung bezeichnete ein Unternehmer Schröders Agenda als 'ein neoliberales Projekt', unter den Augen der Frau Kraft. - Was ist geschehen? Früher hörte es sich anders an, da war H4 noch eine soziale Großtat. - Offensichtlich hat man eine neue Sprachregelung gefunden, und gibt nun, wie gewöhnliche Kleinkriminelle, das kleinere Verbrechen zu, damit nur keiner auf die Idee kommt, H4 als das zu bezeichnen, was es wirklich ist: ein faschistischer Beutezug, mit dem Ziel der Ausgrenzung, Enteignung, Entrechtung und Eliminierung eines Drittels der Bevölkerung. Also alles, wie gehabt. - Da ist es schon fast nebensächlich, ob der türkische Präsident seine Informationen über KZ-Aufseher in deutschen H4-Ämtern von seinen H4-beziehenden Landsleuten, oder woher auch immer, erhalten hat: sie treffen zu. - Dass sich die Deutschen schon wieder als die Herren der Welt aufspielen,

denken nicht nur die Türken, sondern auch fast alle Europäer. Trump kam vielleicht gerade noch rechtzeitig, bevor in Europa der große Krieg gegen Deutschland ausbricht.

H4 war der Testlauf im Innern, und da die Mehrheitsdeutschen, gegen Beteiligung an der H4-Beute, diese Verbrechen wieder hingenommen haben, wie 1933, konnten anschliessend risikolos die Griechen versklavt werden. - Wer ist als Nächstes dran? Österreich hat sich schon unterworfen, Polen und Ungarn leisten noch heroischen Widerstand. Vielleicht sollten sich die Franzosen schon mal warm anziehen? Aber aufgepasst: diesmal kommen keine Panzer, sondern der Euro.